



IRKA

Internationale Regierungskommission Alpenrhein

MEDIENMITTEILUNG

vom 3. Juli 2026

Beeinflussen Klimaänderungen und damit verbundene Wetterlagen das Hochwasser am Alpenrhein?

IRKA beauftragt an der 50. Tagung eine länderübergreifende Studie

Die Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) hat sich am 3. Juli 2026 in Au im Kanton St.Gallen zu ihrer 50. Sitzung getroffen. Dabei hat sie ein neues Projekt zu den möglichen Folgen des Klimawandels auf die Hochwasser am Rhein beauftragt. Der IRKA-Vorsitz wechselt vom Fürstentum Liechtenstein zum Land Vorarlberg.

1995 wurde die IRKA gegründet, um länderübergreifend wasserwirtschaftliche Grundlagen und Konzepte für das Wassermanagement auf den 91 Kilometern des Alpenrheins zwischen dem bündnerischen Reichenau und der Einmündung in den Bodensee zu befinden. Einmal im Jahr (anfangs 2 x jährlich) treffen sich die Mitglieder zu einer Kommissionsitzung, und alle zwei Jahre wechselt der Vorsitz. An der diesjährigen Sitzung vom 3. Juli in Au hat die bisherige Vorsitzende, die liechtensteinische Regierungschefin-Stellvertreterin Sabine Monauni, das Zepter an den Vorarlberger Landesrat Christian Gantner übergeben.

Hochwassergefahr im Blick

Wie wirken sich die Klimaänderungen und damit verbundene Wetterlagen auf mögliche Hochwasser am Alpenrhein aus? Diese Frage stand im Zentrum der 50. IRKA-Sitzung. Letztmals liess die IRKA im Jahr 2000 eine Studie zur Hydrologie am Alpenrhein verfassen, die Niederschlags- und Abflussszenarien beinhaltete. Seither hat sich das Klima weiter erwärmt, und die wissenschaftlichen Grundlagen zu den Szenarien und Folgen des Klimawandels werden laufend optimiert.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierungskommission Alpenrhein ein Projekt beauftragt, das die Folgen des Klimawandels auf künftige Hochwasserereignisse am Alpenrhein aufzeigt. Ziel ist, mit den aktualisierten Erkenntnissen den Hochwasserschutz weiter verbessern und verfeinern zu können. Aufgrund einer von MeteoSchweiz präsentierten Vorstudie hat die IRKA ein Projekt mit einer Laufzeit von drei Jahren in Auftrag gegeben, das Anfang 2027 starten soll.

Aktionsplan 2030+

Bereits seit 2005 besteht das gemeinsam erarbeitete Entwicklungskonzept Alpenrhein (EKA). Auf dieser Grundlage wird nun ein Aktionsplan 2030+ für die kommenden Jahre ausgearbeitet, der aktuelle Entwicklungen berücksichtigt, insbesondere neue gesetzliche Vorgaben und bisher bekannte Auswirkungen des Klimawandels. Die IRKA hat an ihrer Sitzung vom Stand der Arbeiten Kenntnis genommen. Das aktualisierte Entwicklungskonzept

Alpenrhein mit dem Aktionsplan 2030+ wird voraussichtlich noch im Lauf dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Zu geringer Fischbestand

Ebenfalls Kenntnis genommen hat die IRKA von der jüngsten Untersuchung zum Fischbestand im Alpenrhein, deren Ergebnisse seit Kurzem vorliegen. Sie bestätigt die Ergebnisse der drei in den Jahren 2005, 2013 und 2019 durchgeführten fischökologischen Monitorings: Laut dem aktuellsten Monitoring von 2025 ist der Fischbestand im Alpenrhein nach wie vor deutlich zu gering. Im Vergleich zum letzten Monitoring 2019, das einen Tiefststand markierte, gibt es in einzelnen Bereichen immerhin leichte Verbesserungen. Insgesamt wurden 20 Fischarten nachgewiesen, die höchste bisher ermittelte Artenzahl. Bei einem Grossteil der Fischarten besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf.

Factbox zur IRKA

Die IRKA wird gebildet durch die Vertretungen der Regierungen des Fürstentums Liechtenstein, des Landes Vorarlberg sowie der Kantone Graubünden und St.Gallen. Im Rahmen der seit 1995 bestehenden „Kooperationsvereinbarung Alpenrhein“ setzen sie sich für eine sichere und nachhaltige Entwicklung zum gemeinsamen Nutzen des Alpenrheingebiets ein. Insbesondere gilt es, die Hochwassersicherheit und die sparsame und umweltverträgliche Nutzung von Raum und Ressourcen zu gewährleisten sowie die Naturwerte am Alpenrhein zu erhalten und zu mehren.

Die IRKA setzt sich aus Landesrat Christian Gantner (Vorarlberg, Vorsitz bis Juni 2028), Regierungschefin-Stellvertreterin Sabine Monauni (Fürstentum Liechtenstein), Regierungsrätin Susanne Hartmann (Kanton St.Gallen) und Regierungsrätin Carmelia Maissen (Kanton Graubünden) zusammen. Als Vertreterin Österreichs nimmt Sektionschefin Monika Mörth vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft an den IRKA-Sitzungen teil. Die Schweiz wird durch Adrian Schertenleib, Leiter der Abteilung Gefahrenprävention beim Bundesamt für Umwelt, vertreten.

Hinweis an die Redaktionen:

Weitere Informationen über die IRKA und ihre Aktivitäten sind auf der Internetseite www.alpenrhein.net verfügbar. Für Auskünfte steht die Programmbeauftragte der Koordinationsgruppe, Aurelia Spadin, gerne telefonisch unter +41 (0)79 450 98 36 zur Verfügung.

Bildlegende (von links nach rechts)

Landesrat Christian Gantner, Vorarlberg; Regierungsrätin Susanne Hartmann, St.Gallen, Regierungschefin-Stv. Sabine Monauni, Fürstentum Liechtenstein; Regierungsrätin Carmelia Maissen, Graubünden